

Globalisierung, demographischer Wandel und die Zukunft der Region

Forum Daun, 7.11.2009, Mitgliederversammlung LA21 Trier 9.12.2009

Bernd Hamm

1. Absicht, Aufbau

Seit langem wird darüber diskutiert, welche Auswirkungen der demographische Wandel und die Globalisierung auf die Zukunft der Regionen allgemein und der Region Trier im Besonderen haben werden. Ich will hier die wichtigsten Argumente nennen, aber auch gegen deren Logik argumentieren und zeigen, dass ihre Folgen für die Region und für die Mehrzahl der Menschen und Unternehmen schädlich sein werden. Ich will zeigen, dass ein darauf gestütztes Handlungsprogramm überhaupt erst die Entwicklungen herstellt, die ihr als Prognose vermeintlich zu Grunde liegt, und dass sie alternative Handlungschancen verkennt und verbaut, die in Strategien der Nachhaltigen Regionalentwicklung liegen.

2. Demographischer Wandel

Weitgehende Übereinstimmung besteht in folgenden Punkten:

(1) Die Bevölkerung der Region wird abnehmen – das Statistische Landesamt berechnet für die Vulkaneifel einen Rückgang um 4.000 bis 2020, um gar 13.000 bis 2050.

(2) Sie wird sich in ihrer Alterszusammensetzung verändern – wir müssen mit immer weniger Jungen und immer mehr Alten rechnen: die Unter-20jährigen sollen bis 2020 von 22 auf 18 Prozent ab-, die Über-65jährigen von 22 auf 34 Prozent zunehmen.

Konsequenzen: Der Region wird die Anpassung an den Trend empfohlen, vor allem durch Rückbau und Konzentration der Infrastruktur auf die Mittelzentren und auf das Oberzentrum. Dort freilich muss die Infrastruktur ausgebaut werden, um den Standort für Gewerbeansiedlungen im globalen Wettbewerb attraktiv zu halten. Folglich müssen wir in Kauf nehmen, dass die Gemeinden außerhalb der Mittelzentren und des Oberzentrums an Bevölkerung und Infrastruktur verlieren, dass sie überaltern und mit der Zeit der passiven Sanierung anheim fallen. Je kleiner die Gemeinde, desto eher wird sie aufgegeben. Diese Überlegung steht hinter der unseligen Kommunal- und Verwaltungsreform. Dies ist auch die Logik des „Strategischen Stadtkonzepts Trier 2020“, das der Stadtvorstand unter Anleitung eines Zukunftsberaters erarbeiten ließ und praktisch umsetzen wollte (es ist völlig unklar, was davon noch übrig geblieben ist), und des Gemeinsamen Positionspapiers von Industrie- und Handelskammer und Handwerkskammer zur Zukunft der Region. Das Regionale Entwicklungskonzept macht es sich leichter: Es ist im Wesentlichen ein Wunschkatalog, der sich um die Realisierung wenig kümmert.

Ich halte nicht viel von Prognosen, schon gar über einen Zeitraum von 40 Jahren. Entscheidend für ihre Unsicherheit sind zwei Faktoren: *Komplexität* und *Diskontinuitäten*. Völlig gleichgültig, was wir für unsere Region prognostizieren: Wenn zum Zeitpunkt x einer der Reaktoren des Kernkraftwerks Cattenom explodiert, wenn die amerikanischen Luftwaffen-Stützpunkte Spangdahlem oder Ramstein Ziel militärischer oder terroristischer Angriffe werden, wenn einer der Eifelvulkane ausbricht - dann ist diese Region womöglich leer auf lange Zeit. Das mag unwahrscheinlich klingen – aber vor wenig mehr als einem Jahr haben wir auch nicht mit einer so tiefgreifenden Wirtschafts- und Finanzkrise, mit einer so dramatischen öffentlichen Verschuldung gerechnet! Viele regionale Prognosen setzen auf die fortbestehende Attraktivität von Luxemburg, von der auch wir profitieren sollen. Dabei vergessen sie, dass diese Attraktivität auf wenigen Faktoren beruht, die sich rasch ändern können: der Steuerpolitik, dem Bankgeheimnis, den europäischen Institutionen. Würden die

im Zuge der europäischen Harmonisierung angeglichen, dann würde Luxemburg relativ schnell wieder ein kleines Agrarländchen mit einem eher verschlafenen Provinznest als Hauptstadt.

Nehmen wir also an, dass die Politik genau das tut, was ihr zugemutet wird, dass sie sich also auf die Trends einstellt und Entscheidungen trifft, um uns möglichst gut daran anzupassen. Wir würden dann in den ländlichen Gebieten der Region die Infrastrukturen weiter ausdünnen und sie auf die Mittel- oder gar nur auf das Oberzentrum konzentrieren, also Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, Behörden, Sparkassen, Arztpraxen, Verkehrswege und –mittel etc. Was wäre die Folge? Nun: Offensichtlich würden wir durch solches Handeln genau die Umstände erst herstellen, die als Prognose in die Entscheidungen eingegangen sind. Mit anderen Worten: Der klassische Fall einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Wenn ich heute „prognostiziere“, die Butter würde morgen teurer, dann gehen alle los, um sich noch mit billiger Butter einzudecken – und dann steigen in der Tat die Preise.

Was bedeuten „weniger Menschen“ für unsere Region? Was heißt das eigentlich, wenn für die Vulkaneifel ein Rückgang der Bevölkerung von 63.000 (2006) auf 51.000 (2050) prognostiziert wird? Warum ist das für wen wichtig? Kann das nicht auch bedeuten, dass dadurch die Arbeitslosenquote deutlich zurückgehen wird? Kann es nicht auch bedeuten, dass weniger Menschen sich den heutigen Versorgungsstandard leisten können, wenn sie z.B. mehr Einkommen haben? Oder dass die Wohnungen billiger, die Schulklassen endlich kleiner werden? Mit anderen Worten: Ein einziges Merkmal, hier die Bevölkerungszahl, sagt wenig. Eine entscheidungsrelevante Information müsste sehr viel mehr enthalten. Niemand kann wissen, was in vierzig Jahren sein wird.

In der Generation 50+ beobachten wir zwei Trends: Die einen zieht es wieder in die Kernstädte, der dichten Infrastruktur wegen. Die anderen aber zieht es aufs Land, in die Dörfer, der Ruhe, der Sicherheit, der Naturnähe wegen. Auf deren Infrastrukturbedürfnisse müssen und können wir reagieren. Auch ein angepasstes Mobilitätssystem scheint mehr eine Organisations- als eine Geldfrage.

Oder handelt es sich um eine falsch gestellte Frage? Vielleicht geht es gar nicht so sehr um Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung – sondern vielmehr darum, dass die vorhandene Bevölkerung, wenn sie es denn will, in dieser Region in einigem Wohlstand und demokratischer Selbstbestimmung leben können soll, unabhängig von ihrer Zahl. Das aber wäre ein ganz anderes Problem.

Ich will damit nicht sagen, dass die Prognosen unnütz wären – aber sie sagen nichts Gütiges über die Zukunft aus, sie sind nur ein Argument unter vielen, die wir beim Handeln bedenken mögen.

3. Globalisierung

Lassen Sie mich in 7 Punkten skizzieren, welche Rahmenbedingungen die Entwicklung unserer Region in den kommenden 10 bis 15 Jahren bestimmen dürften:

(1) Die Globalisierung geht weiter: Chinesische Solarmodule überschwemmen heute schon die europäischen Märkte, die großen und lange erfolgreichen deutschen Hersteller verzeichnen dramatische Umsatzeinbrüche. Elektroautos kommen aus China, Japan, Korea, Indien, selbst gegen die chinesischen Textil- und Schuhindustrie haben wir gerade die EU-Schutzzölle verlängert. Die BRIC Staaten werden wichtiger. Wir werden die Konkurrenz in erheblichen Teilen nicht bestehen.

(2) Wir haben ein doppeltes Problem: (a) Die Überproduktion bei weitgehender Sättigung der Märkte für langlebige Konsumgüter zwingt zum Export, drückt Preise, drückt Löhne; senkt Steuern, Sozialabgaben; (b) Der Primat der Finanzmärkte macht abhängig, drückt Kosten, drückt Löhne, jedenfalls für die TNCs, die börsennotierten, und ihre Filialen, Zulieferer. Ich glaube nicht, dass die Krise vorüber ist. In den Kellern alleine der deutschen

Banken werden noch 630 Mrd. Dollar an faulen Krediten vermutet. Die bevorstehende Dollarkrise wird zu neuen Turbulenzen führen. Dies alles wird zu mehr Arbeitslosigkeit und zur Senkung der Löhne führen.

(3) Der Bund hat unter dem Argument der internationalen Wettbewerbsfähigkeit die Steuern für die großen Unternehmen und für die Wohlhabenden seit Beginn der 1980er Jahre gesenkt und immer mehr Lasten den Kommunen aufgebürdet. Die Finanzkrise belastet im Mittel 2009 jeden Bundesbürger mit 3.000 €. Das DIW schätzt, dass die Bundesregierung jedes Jahr 75 Mrd € einsparen müsste, wenn der Haushalt wieder Richtung Konsolidierung steuern soll. Die Kommunen haben tiefe Einbrüche in den Haushalten. Verschuldung verstärkt die Rolle der Finanzmärkte weiter. Die öffentliche Armut wird sich verschärfen. Das bedeutet Personalabbau und Rückgang der öffentlichen Investitionen, also weitere Arbeitslosigkeit.

(4) Arbeitslosigkeit, Flexibilisierung und informelle Tätigkeiten werden eine zunehmend größere Rolle spielen, Teilzeitarbeit, Telearbeit, Schwarzarbeit für viele Menschen wichtige Erwerbsquellen sein. Damit gehen Steuern und Sozialbeiträge weiter zurück. Wir brauchen neue Konzepte für die soziale Sicherung und für die Kommunalfinanzierung – ein Thema, das die Kommunalreform des Landes nicht anrühren wollte.

(5) Das Klimaproblem wird angesichts der beeindruckenden Einsparungen der reichen Länder in den Hintergrund treten. Energie wird zu erheblichen Teilen dezentral produziert und trägt zur regionalen Wertschöpfung und Beschäftigung bei. Global wichtiger werden Nahrungsmittelversorgung, Rohstoffknappheit und Biodiversität. Das 21. Jahrhundert hat nicht nur mit Kriegen um Öl begonnen, es wird vom Kampf um Rohstoffe geprägt sein. Ihre regionale Bedeutung wird zu wenig diskutiert.

(6) Gemacht wird bisher, was gefördert wird. Immer warten wir auf Chancen “von oben“. Nach der Export-Basis-Theorie wurde gefördert, was exportorientiert ist (Mitnahmeeffekte). Die interne Kaufkraft wurde vernachlässigt. Es entsteht eine fatalistische Haltung gegenüber einer Zukunft, die man durch eigene Entschiede gestalten könnte. Bisherige Strategien regen nicht eigene Initiativen an, sie belohnen nicht Selbständigkeit, sondern Abhängigkeit. Liegt hier die Chance, die in der Krise steckt? Täglich entstehen 80 neue Arbeitsplätze alleine durch Erneuerbare Energien!

(7) Schlussfolgerung: Den Menschen in der Region wird wenig anderes übrig bleiben als Abkoppeln, Ressourcen schonen, Selbstorganisation fördern, alternatives Einkommen generieren. Wir sollten mehr Abfälle regional wieder verwerten, mehr Nahrungsmittel aus der Region konsumieren, mehr dezentrale erneuerbare Energien, mehr nachwachsende Rohstoffe nutzen, mehr Wirtschaftskreisläufe schließen, dem Potenzial der Alten mehr anvertrauen. Ist das möglich? Welche Anreize könnte es geben?

Das Szenario betont negative Einflüsse. Die müssen nicht so eintreten. Aber es entspricht dem Prinzip erantwortungsvollen Handelns, wenn wir uns auf den *worst case* einstellen. Die Förderung größerer Eigenständigkeit der Region, Einsparen von Ressourcen können nicht falsch sein, auch wenn das so nicht alles eintritt.

Darauf, dass womöglich Spangdahlem angegriffen wird, haben wir keinerlei Einfluss – und sehr wenig auf die Steuerpolitik der EU. Die meisten Ereignisse, die uns betreffen, sind unseren Gestaltungsmöglichkeiten, auch denen der Politik, entzogen. Auf viele können wir uns nicht einmal vorbereiten. Wir nennen das heute Globalisierung. Nur eines kann man dazu sagen: Je mehr wir von Entwicklungen „da draußen“ abhängig sind, desto häufiger und desto unberechenbarer sind die Wirkungen, die auf uns zurückschlagen. Darüber lohnt es sich, noch etwas nachzudenken: Abhängig sind wir z.B. dadurch, dass unsere Betriebe von externen Unternehmen kontrolliert werden (das waren schon um 1980 mehr als die Hälfte der regionalen Betriebe!) – als Zweigbetriebe oder Tochterunternehmen, aber auch als Zulieferer. Wenn in Detroit ein Vorstand eine „falsche“ Entscheidung trifft, dann gehen nicht nur in Rüsselsheim, Kaiserslautern, Bochum und Eisenach die Lichter aus, dann sind auch die Opel-

Zulieferer in unserer Region betroffen. Aber das gilt natürlich in viel näheren Zusammenhängen: Die Kommunalfinanzierung ist, wie Trier am Rückgang der Gewerbesteuer schmerzlich spürte, eben auch von den steuerpolitischen Entscheidungen in Berlin abhängig: Von den 6.000 Betrieben in der Stadt zahlen wenig mehr als 2.400 überhaupt noch Gewerbesteuern.

Einfach gesagt macht die Globalisierung uns zunehmend abhängig von den Entscheidungen anderer. Die Welthandelsorganisation will den Welthandel „liberalisieren“ – aber nur wenige verstehen, dass darunter auch die Privatisierung der Wasserversorgung und der öffentlichen Bibliotheken gemeint ist. Die Bundesregierung hat in unser aller Namen 1994 das GATS-Abkommen unterzeichnet, mit dem sie sich zu solcher Liberalisierung verpflichtet. Natürlich hat das zuweilen auch sein Gutes: Ohne EU hätten wir den Katalysator vielleicht heute noch nicht. Aber ohne den Druck der Amerikaner hätten wir auch keinen biometrischen Pass, keine Soldaten in Afghanistan und keine Militärbasen in unserer Region. Diese anderen, die da draußen, treffen aber ihre Entscheidungen nach ihren eigenen Interessen, nicht nach denen unserer Region. Wenn ein internationales Unternehmen hier einen Standort sucht, dann will es damit Geld verdienen. Wir sollen etwas erarbeiten, das dann nach außen anderen zufließt.

An diesem Argument erkennt man auch eine bedenkliche Schiefelage: Da wird so getan, als seien alle Unternehmen gleich. Die Globalisierung wird immer am Beispiel der großen, der börsennotierten Unternehmen diskutiert – aber das sind ja nur 800 der rund zwei bis drei Mio. Unternehmen in Deutschland. Die meisten kleinen und mittleren Unternehmen können und wollen keine Kosten hin- und herschieben und auch niemanden erpressen. Aber sie stehen in der Konkurrenz mit weltweit agierenden Konzernen und unter der Drohung der „Heuschrecken“, die ständig auf der Suche nach lukrativen Unternehmen sind, die sie womöglich aufkaufen können. Es ist erst ein paar Monate her, da hat eine weltweit agierende Unternehmensberatung ein alteingesessenes Trierer Familienunternehmen faktisch gezwungen, sich einem Benchmarking-Vergleich mit internationalen Konkurrenten zu stellen, um herauszufinden, ob es sich hier um ein lohnendes Opfer handeln könnte.

Seit drei Jahrzehnten stammen unsere Wachstumsraten überwiegend aus dem Export. Wir werden damit dem Wechsel der Weltkonjunkturen ausgeliefert – Ölpreise, Zinssteigerungen und Dollarverfall deuten auf eine weltweite Rezession hin, die auch von manchen erwartet wird, und dann könnten die schönen Exportgewinne schnell dahin schmelzen. Natürlich habe ich nichts gegen Exportgewinne, zumindest nicht, solange sie hier versteuert werden. Aber ich habe etwas gegen die Abhängigkeiten und Unberechenbarkeiten, denen sie uns ausliefern.

Unabhängigkeit im Sinn von Autarkie ist heute weder möglich noch erstrebenswert – KaffeetrinkerInnen, BananenesserInnen, InternetnutzerInnen können nicht autark sein. Autarkie würde uns in einen weltfremden, nach außen isolierten Zustand versetzen, den kaum jemand ernsthaft anstreben wird. Aber die Frage ist doch sinnvoll, ob und wie es möglich sein könnte, der Region zu mehr Autonomie, zu mehr Stabilität zu verhelfen, dazu, dass sie nicht von allzu vielen Einflüssen von „draußen“ allzu sehr gebeutelt wird.

4. Perspektiven für die Region

Ziel für die Entwicklung der Region wäre demnach nicht das Halten oder Erreichen einer bestimmten Einwohnerzahl. Das Ziel ist, allen Menschen, die hier leben wollen, eine realistische Chance auf ein hinreichendes reales Einkommen, genauer: auf den Wohlstand zu sichern, den wir für ein menschenwürdiges Leben für unabdingbar halten unabhängig davon, wie viele Menschen das sind. Ich glaube, dass dies möglich ist – aber nicht auf dem neoliberalen Weg. Das wird nur gehen, wenn wir die Region von den weltwirtschaftlichen Einflüssen unabhängiger machen, teilweise abkoppeln, wenn wir uns auf die eigenen

Potenziale besinnen. Möglichkeiten dazu gibt es, und zwar in erstaunlichen Größenordnungen; ein beliebiges Beispiel: Die VG Hillesheim verbraucht pro Jahr rund 146.000 MWh/a an Strom und Wärme aus fossilen Primärenergien. Rund 10 Mio € jedes Jahr fließen alleine deshalb aus der VG ab!

Wir sollten endlich begreifen, dass es uns allen nur gut geht, wenn es wirklich allen gut geht. Ein bekanntes ökonomisches Gesetz sagt, dass mit steigendem Einkommen immer höhere Anteile für Luxusgüter und für Spekulation und immer geringere Anteile für Konsum ausgegeben werden. Die intelligenteste Lösung ist dann erreicht, wenn allen ein ausreichendes Einkommen zur Verfügung steht, das sie konsumieren können. Intelligente Wirtschaft ist nicht die, die einigen Wenigen viel bringt, sondern die, die Vielen genügend bringt. Nur aus Kaufkraft entsteht Nachfrage, nur die hält den Wirtschaftskreislauf in Gang. Mit Bangladesch-Löhnen geht das nicht. Da aber der Kapitalismus, wenn man ihn alleine lässt, das nicht verstehen kann, tendiert er dazu, sich selbst zu zerstören. Wer die Marktwirtschaft schützen will, der Sorge dafür, dass der Staat, also der Vertreter des Gemeinen Wohls, ihr Regeln auferlegt. Das haben wir in Europa seit 150 Jahren mit großem Erfolg getan, und es hat uns gegen die barbarischen Auswüchse eines Raubtierkapitalismus amerikanischer Prägung geschützt. Das dürfen wir nicht aufgeben. Darüber muss ein gesellschaftlicher Konsens, den es ja gibt, bekräftigt werden. Das gilt grundsätzlich auch für unsere Region.

Wir sollten Wertschöpfung, Beschäftigung, Kaufkraft in der Region halten und dafür sorgen, dass möglichst wenig davon exportiert, dass ihr Ergebnis möglichst gleichmäßig verteilt wird. Wir erhöhen damit die regionale Autonomie, machen uns etwas unabhängiger von den Einflüssen der Globalisierung. Wir sollten regionale Wirtschaftskreisläufe schließen, soweit das vernünftigerweise möglich ist. Vor allem sollten regionale Unternehmen bei anderen regionalen Unternehmen einkaufen. Das bedeutet z.B. am Bau, dass wir überwiegend regionale Baumaterialien verwenden und regionale Arbeitskraft beschäftigen. Weiter gedacht: Echte Kopplungsproduktion entstünde dann, wenn der Output eines Unternehmens möglichst vollständig zum Input für andere Unternehmen würde. Das könnte in ein regionales Stoffstrommanagement münden, das gleichzeitig sparsam mit natürlichen Ressourcen umgeht, also uns allen Kosten spart, und damit auch der globalen Ökologie dient.

5. Was tun?

Vor zehn Jahren habe ich – unter Beteiligung der Energieversorger, auch des RWE und der Trierer Stadtwerke – im Auftrag der Regionalen Planungsgemeinschaft das Regionale Energiekonzept geschrieben. Seine wichtigste Erkenntnis war, dass wir unsere Region vollständig mit erneuerbaren, also dezentralen, in der Region verfügbaren Energien versorgen können, wenn wir, das freilich ist die Bedingung, die vorhandenen Einsparpotenziale nutzen. Die bei weitem größten Einsparpotenziale liegen im vorhandenen Baubestand. Deswegen haben wir damals empfohlen, ein großes Förderprogramm zur ökologischen Sanierung des Bestands aufzulegen. Es ginge ja nicht nur um die Einsparung von Energie und damit um die Reduktion von Treibhausgasemissionen, sondern um die Erhaltung kultureller Werte, um Beschäftigung (übrigens gerade im niederqualifizierten Bereich, der uns am meisten Sorgen macht), um die Entwicklung neuer regionaler Produktionsketten im Bereich nachwachsender Rohstoffe – also genau um die Dinge, die wir zur Stabilisierung der Region brauchen. Das Kohlekraftwerk, das RWE In Hamm-Uentrop plant, soll 1,5 Mrd. € kosten – damit könnte man praktisch den gesamten Gebäudebestand der Region Trier ökologisch sanieren und deutlich mehr Energie einsparen, als dieses neue Kraftwerk bringen soll! Noch klüger freilich wäre es, die Energieversorgung so weit wie möglich auf Kraft-Wärme-Kopplung umzustellen, mit dezentralen Blockheizkraftwerken befeuert mit Biogas. Im Klärwerk Trier-Nord steht ein solches BHKW und versorgt 600 Haushalte mit Strom und Wärme. Da wären die Mittel deutlich intelligenter angelegt!

Es gibt zahlreiche andere Möglichkeiten, die zur Stabilisierung der Region beitragen können: Relativ neu sind Regionalwährungen, die zurzeit von Potsdam bis zum Chiemgau aus dem Boden schießen: In Zell als Initiative des Einzelhandelsverbandes mit dem Ziel, die regionale Kundenbindung zu erhöhen, in Schweich, in der Pfalz. In Trier gab es einmal den Trever – aber der Vorstand des Vereins hat das aus verschiedenen Gründen nicht durchgehalten. Warum sollten nicht zahlreiche Unternehmen bereit sein, eine solche Währung als Zahlungsmittel anzuerkennen? Das hätte nicht nur den offensichtlichen Vorteil der Kundenbindung, es würde auch erlauben, Tätigkeiten, die sonst keinen Marktwert haben, zu entlohnen und damit zusätzliche Kaufkraft zu schaffen. Die Zukunftskonferenz der Lokalen Agenda 21 hat sich im letzten Jahr mit diesem Thema befasst. Das lässt sich auch problemlos mit Tauschringen verbinden, die vor allem für Menschen mit geringem Einkommen eine wichtige Rolle spielen. Sie organisieren Tauschbeziehungen, bringen Angebot und Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zusammen, und nicht notwendig wird dieser Tausch über Geld vermittelt.

Wenn es gelänge, die brachfallenden land- und weinwirtschaftlichen Flächen unserer Region für andere nachwachsende Rohstoffe zu nutzen, wenn wir regional neue Produktionslinien für Dämmstoffe, Schmiermittel, Treibstoffe, Farben, Lacke, Pharmazeutika, Textilfasern und vieles andere mehr aufbauten – dann hätten viele Junge Beschäftigung und Perspektive, in der Region zu bleiben oder zu uns zu kommen. Die würden dann auch wieder Kinder bekommen. Heute importieren wir über 90 Prozent der hier verarbeiteten Naturfasern aus dem Ausland!

Überall werden Genossenschaften für erneuerbare Energien gegründet. In Trier geht in den nächsten Tagen das 2. Bürgersolkraftwerk ans Netz. Neben Sonne und Wind sollten wir insbesondere auch unsere Abfälle energetisch nutzen! Trier hat in diesem Jahr auch zum ersten Mal mit einem Bürgerhaushalt experimentiert. Und wenn wir schon mit so vielen Alten rechnen müssen: Warum nutzen wir dann nicht ihre Erfahrung, ihren Ideenreichtum zur Erneuerung angepasster Infrastrukturen in unseren Dörfern?

Natürlich wird, muss sich unsere Wirtschaftsweise verändern. Das hat sie immer getan, und das hat immer neues Nachdenken und Anpassung an neue Bedingungen gefordert. Auch die Globalisierung verlangt uns das ab. An der Konferenz von Rio nannte man das Nachhaltige Entwicklung. Anders werden wir unsere biologischen Lebensgrundlagen nicht retten können. Es gibt Alternativen zum neoliberalen Weg. Maßstab ist die Stabilisierung der Regionen bei einem insgesamt geringeren Durchsatz an natürlichen Ressourcen – und wenn die gelingt, dann helfen wir der globalen Ökologie *und* brauchen uns über den demographischen Wandel in der Region keine großen Sorgen zu machen. Globale Solidarität und Regionalentwicklung in den (noch) wohlhabenden Ländern sind keine Widersprüche, sondern bedingen sich wechselseitig.

6. Fazit

Ich bin sicher, dass diese Region in vernünftigem Wohlstand auf lange Zeit überleben kann; dass sie auch den Jungen die Chance gibt, hier zu bleiben. Wir brauchen dazu keine Gesetze, keine Genehmigungen, keine Subventionen, wir müssen auf niemanden warten, nicht auf die Europäische Union, nicht auf die Bundesregierung, nicht auf private Wohltäter: Wir brauchen die Einsicht, dass die Konkurrenz aller gegen alle, immer nur den egoistischen eigenen Vorteil im Blick, das falsche Rezept ist. Wir brauchen die solidarische Zusammenarbeit aller für das gemeinsame Wohl. Die Solidarität richtet sich nicht nur nach innen. Sie muss in globaler Verantwortung stehen. Das ist möglich. Das nötige Wissen ist vorhanden. Ideen, praktische Beispiele und Initiativen gibt es.

Lassen Sie uns einfach anfangen.